



**Niederschrift
zur . Sitzung
des Rates
am 22.02.2011
um Uhr im Ratssaal**

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentlich

- | | |
|---|--|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift 14.12.2010

Vorlagen |
| 3 | 01 - 15 0355/2011 Ersatzwahlen zu den Ausschüssen |
| 4 | 02-15 0372/2011/1 Haushaltssatzung 2011;
hier: Beschlussfassung |
| 5 | 04 - 15
0353/2010/1 Offene Ganztagschulen im Primarbereich;
hier: Umgestaltung der Luitgardisschule Elten - Gemeinschafts-
GS der Stadt Emmerich am Rhein - in eine Offene Ganztags-
schule |
| 6 | 04 - 15 0377/2011 Anordnung de sofortigen Vollziehung des Auflösungsbeschlus-
ses vom 14.12.2010 |
| 7 | 05 - 15 0379/2011 Bahnübergangs-Beseitigungskonzept;
hier: 1. Abkoppelung des Verfahrens BÜ-
Kerstenstraße/Baumannstraße
2. EÜ Löwentor: Einsietiger Fuß- und Radweg |
| 8 | 06 - 15 0370/2011 Neu- und Wiederwahl von Schiedspersonen;
hier: Neuwahl einer Schiedsperson für den Bezirk IV |
| 9 | 06 - 15 0349/2011 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offen-
haltung von Ver-
kaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen
12. Emmericher Autoshow sowie Frühlings- und Ostermarkt am
10.04.2011
Stadtfest mit der 10. Emmericher Musiknacht am
04.09.2011
Herbstmarkt am
30.10.2011
verkaufsoffener Adventssonntag am
11.12.2011 |

10	Mitteilungen und Anfragen
11	Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Johannes Diks

Die Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels
Herr Christian Beckschaefer
Frau Sandra Bongers
Herr Johannes Brink ten
Herr Manfred Brockmann
Herr Botho Brouwer
Herr Rolf Diekman
Herr Markus Herbert Elbers
Herr Gerhard Gertsen
Herr Hans-Jürgen Gorgs
Frau Karin Heering
Herr Peter Hinze
Frau Gabriele Hövelmann
Herr Albert Jansen
Herr Christoph Kukulies
Frau Irmgard Kulka
Frau Marianne Lorenz
Herr Jan-Ruben Ludwig
Herr Thomas Meschkapowitz
Herr Manfred Mölder
Herr Bernd Nellissen
Frau Birgit Offergeld
Herr Kurt Reintjes
Herr Wilhelm Roebroek
Frau Ute Sickelmann
Frau Sabine Siebers
Frau Birgit Sloop
Herr Werner Spiegelhoff
Herr Udo Tepas
Frau Elke Trüpschuch
Herr Herbert Ulrich
Herr Wolfgang Urbach
Frau Sigrid Weicht

Schriftführerin

Frau Marita Evers

Erster Beigeordneter

Herr Dr. Stefan Wachs

Stadtkämmerer

Herr Ulrich Siebers

-
Herr Arnfried Barfuß
Frau Melanie Berk
Franz-Thomas Fidler
Herr Klaus Gruyters
Herr Stefan Gürtzgen
Herr Günter Holtkamp
Herr Jochen Kemkes
Herr Hans-Jürgen Kraayvanger
Frau Martina Lebbing
Herr Dirk Looock
Frau Gabriele Niemeck
Herr Michael Rozendaal
Frau Elisabeth Schnieders
Herr Hans Sterbenk
Frau Yvonne Surink

Entschuldigt fehlen:

Die Mitglieder

Frau Elisabeth Braun
Herr Udo Jessner
Herr Andre Spiertz

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, die Vertreter der Verwaltung und der Presse, die Einwohner und Herrn Balkmann.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Bürger werden nicht gestellt.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift 14.12.2010

Herr Nelissen macht darauf aufmerksam, dass in der Einwohnerfragestunde nicht Herr Laaraker sonder Herr Jansen die Frage zur Betuwe-Linie gestellt hat.

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

II. Vorlagen

3. Ersatzwahlen zu den Ausschüssen Vorlage: 01 - 15 0355/2011

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat wählt für nachfolgende Ausschüsse:

Ausschuss für Stadtentwicklung

stellv. sachkundiger Bürger
Gerritschen, Ludger

Betriebsausschuss KBE

stellv. sachkundige Bürgerin
Zapp, Danielle

Aufsichtsrat TWE

stellv. Mitglied
Lindemann, Willi

Gesellschafterversammlung Wirtschaftsförderungs- und Stadtmarketing-Gesellschaft GmbH

Mitglied
Diekman, Rolf

Schulausschuss

stellv. Schulvertreterin der Grundschulen
Lenders, Sigrid

Sozialausschuss

Sachkundige Bürgerin
Hebben, Brigitte
Seyrek, Sultan

stellv. Sachkundige Bürgerin
NN
Bongers, Margrit

Stimmen dafür 33 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**4. Haushaltssatzung 2011;
hier: Beschlussfassung
Vorlage: 02-15 0372/2011/1**

Mitglied Gertsen, Fraktionsvorsitzender der CDU:

"Herr Bürgermeister, verehrte Ratskolleginnen und –kollegen, meine Damen und Herren,
aus der Biologie haben wir gelernt, dass durch Zellteilung neues Leben entsteht. Das Leben wiederum zeigt uns, dass durch Parteienteilung nur zusätzliche Haushaltsreden entstehen und sie ansonsten wenig Substantielles für die Ratsarbeit bewirken. Sie werden es mir also nachsehen, wenn ich mich auf einige wenige Punkte in meiner Rede beschränke, da ja wohl noch sechs weitere Haushaltsreden folgen werden.

Die Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2011 haben eigentlich bereits im vergangenen Jahr stattgefunden. In den Beschlüssen zur Haushaltskonsolidierung wurden die Eckpunkte für den Etat 2011 bereits gesetzt, noch bevor der neue Etat im Entwurf vorlag. Diese Beschlüsse bedeuten für die Bürgerinnen und Bürger moderate Mehrbelastungen – aber auch die Beibehaltung der freiwilligen Leistungen und ein Verzicht auf Kürzungen bei Schule und Bildung. Und ich sage auch heute noch einmal deutlich, die CDU steht nach wie vor zu der beschlossenen Turnhallenbenutzungsgebühr für Erwachsene. Jahr für Jahr geben wir für den Sport in dieser Stadt aus Landesmitteln, die weiterleitet werden, und aus städtischen Mitteln über 170.000 € für die Errichtung und Erhaltung von Sportstätten sowie ganz allgemein für die Sportförderung aus. Nicht eingerechnet darin sind die Kosten für Heizung, Strom, Wasser, Reinigung und z. B. die Kosten für die Hausmeister, die von der Stadt noch zusätzlich aufgebracht werden und an denen sich die Vereine nun mit 5 € pro Hallenstunde beteiligen sollen. Ich denke, dass es durchaus möglich sein sollte, diesen Betrag aufzubringen.

Die Freude beim Kämmerer über die Mehreinnahmen und Minderausgaben aus der Haushaltskonsolidierung währte nur sehr kurz. Kurz vor Jahresende hat die amtierende Rot-Rot-Grüne-Landesregierung – im Übrigen die einzige Landesregierung, bei der die Linken auf eigene Ministerämter verzichtet haben und dennoch bei allen Entscheidungen quasi mit am Tisch sitzen – diese Landesregierung hat die Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisungen kurzerhand geändert und schon fehlten der Stadt Emmerich am Rhein 757.650 €, die großzügig auf finanzschwache andere Kommunen verteilt wurden. Ich habe mir schon die Frage gestellt, ob die Landesregierung damit eine Ungerechtigkeit im Lande beseitigen wollte, die darin besteht, dass einige wenige Kommunen noch nicht in der Haushaltssicherung sind. Wenn die Botschaft daraus sein soll: „Wer Schulden macht, erfährt die Solidarität der Landesregierung und wird finanziell unterstützt“, dann müssten wir so manche städtische Ausgabe noch einmal neu überdenken.

Diese Art von Haushaltspolitik war aber nie unser Ding und unser Augenmerk war immer darauf gerichtet, eine Haushaltspolitik mit Augenmaß zu betreiben. Investitionen müssen unter diesem Aspekt einer langfristigen Wertschöpfung dienen. Darum stehen wir auch heute noch zum Ausbau des Rheinparks, weil wir darin ein Stück Weiterschreibens behutsamer Stadtentwicklung sehen: einer konsequenten, auf mehrere Jahre angelegten Weiterentwicklung, so, wie wir das in den letzten Jahren bereits getan haben. Diese Vorgehensweise hat der Stadt Emmerich am Rhein, so glaube ich, gut getan.

Somit konnte es auch niemanden verwundern, dass wir die Mittel für den Erwerb des Steintorgeländes gerne im laufenden Jahr im Haushalt gesehen hätten, um das Heft des Handelns an dieser Stelle weiter in den Händen zu halten.

Die Frage, was in einem Haushaltsjahr notwendig und sinnvoll ist und somit in einem Haushalt zwangsläufig Berücksichtigung finden muss, hat schon Generationen vor uns beschäftigt. Im Zusammenhang mit Haushaltspolitik in diesen Tagen einen Griechen zu zitieren ist zugegebenermaßen etwas problematisch. Dem griechischen Philosophen und Historiker Plutarch, der bereits 125 n. Chr. verstarb, wird folgendes Zitat zugeschrieben: „Jener Haushalt ist der beste, in dem man nichts Überflüssiges will und nichts Notwendiges entbehrt“. Ich glaube, der vorliegende Entwurf kommt dem schon sehr nahe. Wir werden auch weiter Investitionen tätigen, bei Feuerwehr, Schulen, beim Straßenausbau und vielem anderen mehr.

Wir werden im Haushaltjahr 2011, davon bin ich überzeugt, nichts Überflüssiges tun aber auch nichts Notwendiges entbehren. Wenn ich an dieser Stelle meine Rede beenden würde, käme wahrscheinlich die Frage auf, warum sagt er nichts zur Betuwe, zum Lärmschutz und zu den Bahnübergängen von Elten bis Praest. Ich könnte dann auf den soeben zitierten alten Griechen verweisen und mit etwas Zynismus feststellen, dass es in diesem Falle eine ganze Reihe von Behörden und Institutionen gibt, die glauben festlegen zu können, was für uns überflüssig und notwendig ist.

Heute entscheiden wir über den städtischen Haushalt und damit über die Handlungsfähigkeit der Kommune im laufenden Jahr. Die Beratungen dieses Zahlenwerks waren insgesamt eher unspektakulär und man hat den Eindruck, dass die Menschen im Moment viel eher die Frage interessiert, wie es am Neumarkt weitergeht. Diese Entscheidung ist keine für ein Jahr – wie beim Haushalt – sondern für die nächsten Jahrzehnte. Es ist auch nicht allein eine Entscheidung für eine große oder für eine kleine Lösung. Der Spannungsbogen reicht von Erwartungen und Aufbruchstimmung bis zu Existenzängsten und Untergangsszenarien. Die Frage, die dieser Rat letztlich zu beantworten hat reduziert sich im Kern auf die Frage: Welche Variante verträgt diese Stadt und macht sie zukunftsfest? Bis zum Tag dieser Entscheidung werden wir alle wohl noch viele Gespräche mit Befürwortern und Skeptikern der einen oder anderen Lösung führen. Wir werden Gespräche mit Geschäftsleuten, mit Bürgerinnen und Bürgern mit Fachleuten und natürlich auch mit selbsternannten Experten führen. Ich werde mir meine Entscheidung so lange wie möglich offen halten, um alle Argumente gegeneinander aufzuwiegen. Und ich hoffe, dass wir am Ende genügend Sachargumente für die eine oder andere Variante haben, damit der Rat mit einem starken Votum dem Projekt Neumarkt den Rücken stärken kann.

Bevor ich meine Ausführungen schließe, möchte ich mich bei den Menschen in unserer Stadt ganz herzlich bedanken, für ihr Engagement, mit dem sie das Leben in dieser Stadt ausgefüllt und bereichert haben. In Kultur, Sport, Wirtschaft und vielen anderen Bereichen haben die Bürgerinnen und Bürger vieles für unsere Stadt und das Miteinander in dieser Stadt bewirkt. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Gesellschaften und der Eigenbetriebe für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit. In diesen Dank möchte ich auch den Bürgermeister und die Verwaltungsspitze ausdrücklich einbeziehen und ich darf den Bürgermeister bitten, den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu übermitteln.

Ich stelle nunmehr den Antrag, der Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Jahr 2011 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen, mit den Positionen der Veränderungsliste, dem Stellenplan sowie dem Investitionsprogramm die Zustimmung zu erteilen und bitte um Ihre Unterstützung und Zustimmung."

Mitglied Diekman, Fraktionsvorsitzender der SPD:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Kommunen, so hat es Städtetagspräsidentin Petra Roth vor einigen Tagen dramatisch vor der Presse verkündet, befinden sich in ihrer schwersten Finanzkrise seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Sie hat Recht: Schon seit Jahren werden in den deutschen Kommunen nicht mehr Zukunftsperspektiven entwickelt, es wird nur der Mangel verwaltet. Die Einnahmen brechen weg, die Ausgaben steigen. Städte und Gemeinden haben sich bis über die Ohren verschuldet, um die dringendsten Aufgaben zu erfüllen. Besserung ist nicht in Sicht.

In diesen Zeiten stehen ländliche Städte wie Emmerich noch vergleichsweise gut da, wenn auch hier der Gestaltungsspielraum immer kleiner wird. Insbesondere die großen Städte im Ruhrgebiet kämpfen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit mit weit größeren Problemen.

Natürlich kann man nachvollziehen, dass in dieser Lage das Land Nordrhein-Westfalen Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich, also unsere Schlüsselzuweisungen, im Schwerpunkt in Städte lenkt, die unter der Finanzierung der Soziallasten besonders zu leiden haben.

Allerdings bin auch ich der Meinung, dass Kommunen Anspruch auf Planungssicherheit haben. Für dieses Jahr hat die Landesregierung erst kurz vor Jahresende geänderte Planungsgrundlagen zur Verfügung gestellt, nicht nur in Emmerich musste wieder neu gerechnet werden. Hier hat eine rechtzeitige Information des Landes gefehlt.

Stichwort Planungssicherheit: Die Mechanismen des heutigen kommunalen Finanzausgleichs haben zur Folge, dass hohe Steuereinnahmen zu niedrigen Schlüsselzuweisungen führen, allerdings zeitversetzt. Oft haben wir erlebt, dass wir in Jahren mit hohen Steuereinnahmen auch hohe Zuweisungen erhielten. Wenn dann in der nächsten Periode die Mittel aus dem Finanzausgleich gekürzt wurden – wegen der hohen Steuereinnahmen in der Vergangenheit – gleichzeitig aber aus ganz anderen Gründen auch die Steuereinnahmen wieder sanken, hatten wir erhebliche Probleme, den Haushalt auszugleichen.

Dieses ständige Auf und Ab liegt in der Systematik des Finanzausgleichs begründet. Ich finde hier muss etwas geändert werden, um uns künftig mehr Planungssicherheit zu geben. Ich wäre deshalb dankbar, wenn wir uns alle vornehmen könnten, der Bürgermeister z.B. im Städte- und Gemeindebund, die Fraktionen über ihre Parteigremien, initiativ zu werden, um den kommunalen Finanzausgleich zu verbessern. In der SPD jedenfalls werden wir eine entsprechende Initiative starten.

Für diesen Haushalt bleibt festzustellen, dass die Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen sind. Das heißt nicht, dass wir jetzt Geld verschenken könnten, das Defizit ist halt nicht so hoch, wie es sonst wäre.

Mit dem von den Fraktionen und der Verwaltung erarbeiteten Haushaltskonsolidierungskonzept haben wir unseren Teil dazu beigetragen, künftig wieder solide Finanzen darstellen zu können. Wir sind stolz darauf, dass es entscheidend auf Initiative der SPD-Fraktion gelungen ist, die zunächst angedachten Kürzungen im Bereich von Kindergärten, Schulen und Vereinsförderung zu verhindern.

Wir haben stattdessen die Anhebung der Grundsteuern als „Kröte“ schlucken müssen, nach Abwägung stehen wir dazu.

Es hat Kritik gegeben an den Gebühren für die Hallennutzung durch Sportvereine. Wir haben darauf mit einer Modifizierung reagiert für die Nutzer, die Hallen besonders häufig nutzen müssen. Im Grundsatz aber glauben wir, dass es richtig ist, dass die, die Kosten verursachen, zumindest in einem kleinen Umfang zur Kostendeckung beitragen. Man kann nicht wie selbstverständlich davon ausgehen, dass immer die Allgemeinheit die Kosten trägt. Denn das belastet alle Bürger, auch die, die die Hallennutzung nicht in Anspruch nehmen wollen.

Dass Verwaltung und CDU der Auffassung sind, uns ginge es jetzt schon wieder gut genug, um in ein Abenteuer, wie den Erwerb des Steintorgeländes einzusteigen, dazu fehlt uns in dieser Situation jedes Verständnis. Es sind ja nicht nur die Kosten des Erwerbs von rd. 900.000 €. Die Folgekosten sind nicht überschaubar, sie wären eine für uns nicht akzeptable Hypothek auf die Zukunft.

Zugestanden, eine Lösung für das Grundstück am Eingang von Emmerich wäre wünschenswert. Vielleicht ist mit dem Vorschlag, hier die neue Polizeiwache zu errichten, eine solche Lösung in Sicht.

Der Bürgermeister hat ja, wie wir wissen, weitere Träume, er möchte auch das Kasernengelände erwerben. Gut, dass diese Idee erst einmal für die nächsten zwei bis drei Jahre vom Tisch ist, weil die Hochschule Rhein-Waal die Gebäude nutzt. Ich will aber noch einmal deutlich machen, dass die SPD einem Erwerb des Kasernengeländes auch nach Ablauf der Zwischennutzung nicht zustimmen wird, weil – jedenfalls nach den bisherigen Erkenntnissen – Aufwand und Risiken für unsere Stadt nicht zu schultern sind.

Es ist schon schlimm genug, dass wir für den Abriss des Landhauses ca. 200.000 € in den Haushalt einstellen müssen. Für was? Für nichts!

Die Landhausfreunde haben recht: dieses Geld hätten wir besser in den Erhalt investiert. Eine kurzsichtige und ängstliche Entscheidung von CDU und BGE, gestützt vom Bürgermeister, hat in diesem Fall dazu geführt, dass wir am Ende draufzahlen und dafür nichts erhalten. Eine verpasste Chance!

Wenn es um künftige Risiken für den Haushalt geht, bleibt die Betuwelinie ein Dauerthema. Auch wenn jetzt eine Anteilsfinanzierung von Land und Bund wahrscheinlicher erscheint, bleibt es dabei: Erst wenn Land und Bund wirklich gezahlt haben, können wir sicher sein, dass wir zumindest finanziell mit einem blauen Auge davon kommen. Es mutet grotesk an, dass wir schon dankbar sein müssen, dass die Teilung unserer Stadt, die Belastung mit Lärm und Erschütterungen sowie die latente Gefährdung durch Gefahrguttransporte von den Verursachern bezahlt wird und nicht auch noch von uns selbst!

In den letzten Monaten hat die Hauptschule in Elten die öffentliche Diskussion bestimmt. Allein daran sieht man, dass in der Vermittlung dessen, was wir tun, etwas schief gelaufen ist. Denn eigentlich geht es gar nicht isoliert um die Luitgardisschule, es geht um die Schullandschaft in Emmerich insgesamt angesichts dramatisch zurückgehender Schülerzahlen in der Zukunft.

Bürgermeister, Verwaltung und Schulaufsicht hätten schon viel früher eine offene Aussprache mit den Eltern und der Schule führen müssen – unabhängig vom Datum der Kommunalwahl! Auch für die SPD will ich einräumen, dass wir das Gespräch nicht rechtzeitig gesucht haben.

Als Ausgangslage für das, was in den nächsten Monaten zu tun ist, bleibt trotzdem festzuhalten: Die Schülerzahlen werden deutlich zurückgehen und bei sinkenden Schülerzahlen verliert die Hauptschule zusätzlich, weil ein immer geringerer Anteil der Schüler diese Schulform wählt.

Das soll die hervorragende Arbeit der beiden Hauptschulen in Emmerich nicht schlecht reden, wir müssen es einfach als Tatsache hinnehmen. Deshalb halten wir die Schließung der Luitgardisschule für unvermeidlich. Wir wollen den Beschluss nicht ändern.

Allerdings will die SPD-Fraktion für unsere Schulen nicht nur den Status Quo fortschreiben, einfach nur mit weniger Schülern und Schulen. Wir müssen uns doch Gedanken darüber machen, ob wir in dieser Situation nicht Chancen ergreifen können, die Angebote für unsere Kinder zu verbessern.

Ein Stichwort hierzu ist die Gemeinschaftsschule, aber wir sind darauf ausdrücklich nicht festgelegt. Wir wollen den offenen Dialog mit den Eltern und Schulen, um für unsere Kinder das Optimum zu erreichen. Die SPD wird zu diesem Dialog in den nächsten Wochen einladen.

Die Neumarktbebauung ist ein weiteres wichtiges Thema der nächsten Wochen. Wir halten folgende Punkte für wesentlich und werden unsere Entscheidung danach ausrichten:

Das neue Einzelhandelsangebot soll das bisherige Angebot ergänzen, nicht ersetzen.

Wir wollen keine Billiganbieter in dieser 1a-Lage.

Wir würden es begrüßen, wenn auch der Emmericher Einzelhandel eine Chance erhält, sich einzubringen.

Eine unmittelbare Anbindung an die Kaßstraße ist unverzichtbar, sie muss gesichert werden.

Die Bebauung muss städtebaulich attraktiv sein.

Der Wochenmarkt darf nicht verdrängt werden, im Gegenteil, er sollte durch die Neugestaltung belebt werden.

Eine Entscheidung für einen Investor heißt nicht, dass wir einen Blankoscheck ausstellen, wir werden im weiteren Verfahren die Einhaltung der uns gemachten Zusagen überprüfen.

Auch wenn ein möglicher dritter Investor erst 5 Minuten vor 12 mit seinen Plänen in der Verwaltung erschienen ist und es aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich war, seine Pläne am 15.02. in der Bauausschusssitzung zu behandeln, müsste man sich Gedanken machen, ob man seine Planungen nicht noch einfließen lassen könnte. Alleine schon deshalb, dass nicht der Eindruck entsteht, dass hier nur ein bestimmter, in Emmerich nicht unbekannter Investor eine Chance erhält.

Schließlich halten wir eine enge Einbindung der Emmericher Bürger für notwendig. Wir halten es für richtig, dass die Verwaltung wie geplant die Bürger sachlich und neutral beteiligt und informiert. Dass auch die CDU eine Bürgerinformation durchführt, ist an sich loblich. Dass sie dies eine Woche vor der offiziellen städtischen Informationsveranstaltung tut, lässt sich mit Verlotterung der politischen Sitten nur unvollkommen beschreiben. Mir war bisher nicht klar, dass die Emmericher CDU Profilierung so nötig hat, dass sie zu solchen Mitteln greift.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen. Der Haushalt 2011 zeigt, dass wir uns, wenn auch mühsam, unsere Handlungsfähigkeit bewahrt haben. Er bietet Aussicht darauf, dass dies auch in der nahen Zukunft so bleibt. Die SPD-Fraktion stimmt deshalb dem Haushalt 2011 zu."

Mitglied Beckschaefer, stellv. Fraktionsvorsitzender der BGE:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute werden Sie krankheitsbedingt mit mir als stellvertretendem Fraktionsvorsitzenden vorlieb nehmen müssen. Es wird Sie nicht überraschen, dass die BGE-Fraktion dem Haushalt 2011 nicht zustimmen wird, gestatten Sie mir dennoch einige Worte dazu.

Für uns etwas ungewöhnlich möchte ich mit einem Zitat beginnen, das da lautet: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt.“

Alte Worte und immer noch aktuell – von Dante Alighieri, dem italienischen Dichter und Philosophen des 13. Jahrhunderts.

Vermutlich war Dante nie in Emmerich, sonst hätte er uns bestimmt mahnendere und aufmunternde Worte hinterlassen.

Denn das alte und nun endlich aktuelle Projekt „Neumarkt“ steht vor einer wichtigen Zukunftsentscheidung.

Zögerlich und ohne Zukunftsvision wird nun offensichtlich nach der am wenigsten schädlichen Lösung gesucht. Kräftiges und mutiges Anpacken fand bisher nicht statt.

Doch noch ist es nicht zu spät: Alle Verantwortlichen für diese Stadt sollten nun gemeinsam, offen und fair alle 3 möglichen Alternativen diskutieren und die Entscheidung möglichst gemeinsam treffen.

Leidenschaftlich mit Herz und Verstand müssen wir vorgehen, denn die Zukunft für Emmerich hat schon begonnen.

Und ein Gutachter kann nur Empfehlungen – diese sollten allerdings möglichst objektiv sein – abgeben.

Die begrüßenswerte Initiative der Jungen Union Emmerich zeigt deutlich, dass es Risiken gibt – aber auch große Chancen, die wir sorgfältig abwägen müssen.

Nun konkret zum Haushalt: Mangelnde Liquidität, die fehlende Konzernbilanz, Investitionsverlagerungen in die Folgejahre, zu wenig Planungsgenauigkeit und Steuersätze über den neuen fiktiven Hebesätzen – das alles sind nur einige Themen, die uns seit Jahren beschäftigen und die wir jahrelang bemängelt haben.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept sollte als Krisenmaßnahme den Haushalt sanieren, zumindest teilweise. Leider wieder nur leere Worte. Denn aus dem ursprünglichen Sparkonzept resultierten lediglich zusätzliche Belastungen für die Bürger durch Steuer- und Gebührenerhöhungen.

Echte Maßnahmen zur langfristigen Veränderung der Strukturen im Haushalt wurden leider nicht diskutiert.

Ganz im Gegenteil: Der Rheinpark wird inklusive Toilette mit 1.120.000 € geplant – wirklich kein Zeichen einer sparsamen Haushaltsführung.

Wenigstens den Ankauf des Steintors konnten wir noch verhindern.

Die beinahe täglichen Veränderungen der letzten Wochen in der Ausgleichsrücklage und dem Defizit zeigen gravierend die hohe Abhängigkeit städtischer Finanzen von äußeren Faktoren, wie Schlüsselzuweisung, Kreisumlage etc. Um so mehr wäre es notwendig gewesen, die wenigen selbst zu beeinflussenden Haushaltspositionen so zu gestalten, dass durch sparsame und solide Haushaltswirtschaft noch ein gewisser Spielraum bleibt.

Das Einsparpotential von 2,1 Mio. laut Gemeindeprüfungsanstalt wird - für uns unverständlich - von der Verwaltung als nicht realistisch betrachtet. Die Politik kann so gut wie nichts beurteilen, denn auch dieser NKF-Haushalt ist im Detail wieder kaum lesbar.

Noch ein grundsätzliches Wort zum Haushalts-Plan 2011:

Wenn wir in einigen Budgets die Aufgabenbeschreibungen und die Zielsetzungen seit 2009 mit den gleichen Worten lesen, müssen wir entweder von reiner Routine-Abarbeitung oder von einer gewissen Respektlosigkeit gegenüber dem Rat ausgehen. Auch Kennzahlen werden ungeprüft von den Vorjahren übernommen.

Um es deutlich zu sagen:

Die BGE prangert hier nicht nur fehlerhaftes Arbeiten an – sondern dadurch werden uns auch die einzig erkennbaren Bewertungsgrößen aus den Produktbeschreibungen und den Kennzahlen genommen.

Jetzt noch mal zurück zu Dante: „Anpacken - nicht abwarten“ dies hat die Verwaltung in den letzten Monaten bei ihrer Art der Informationspolitik bezüglich der Schließung der Eltener Hauptschule wahrlich nicht getan.

Wir wünschen uns, dass generell ein stärkerer Dialog mit unseren Bürgern in Gange kommt, denn sowohl die Verwaltung als auch der Rat dieser Stadt sind die Interessensvertreter der Bürgerschaft.

Abschließend möchte ich für die BGE-Fraktion noch einmal konstatieren: Die Haushaltssatzung für das Jahr 2011 werden wir ablehnen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Mitglied Siebers, Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, dies ist meine 6. Haushaltsrede, und Sie wissen, dass ich mich gerne kurz fasse. So könnte ich es mir leicht machen und auf meine bisherigen Reden verweisen; denn das Resümee, welches ich auch heute ziehen muss, lautet, dass leider alles beim Alten geblieben ist.

Der Haushalt ist wieder einmal nicht ausgeglichen.

Es wurde wiederum mit mehr Einnahmen gerechnet, diesmal mit höheren Schlüsselzuweisungen.

Und unser finanzieller Spielraum hat sich weiter verkleinert.

Dieser Haushalt und Ihre Politik setzen frühere Fehler fort.

Das sogenannte Haushaltskonsolidierungskonzept wurde nur nötig, weil die Mehrheitsfraktion der CDU/SPD es jahrelang versäumt hat, neue Einnahmequellen der Stadt Emmerich am Rhein aufzutun.

Wir GRÜNEN wollen etwas anderes für unsere Stadt. Wir wollen eine zukunftsorientierte Haushaltsführung, die die heutigen Lasten eben nicht auf zukünftige Generationen verlagert. Das, was uns als Beschlussvorlage vorliegt, genügt unserer Überzeugung nach keineswegs und ist vielmehr Ausdruck der verfehlten Politik der letzten Jahre.

Fast sämtliche unserer Vorschläge zur Einnahmeverbesserung wurden abgelehnt. Man ruht sich auf den Lorbeeren für die vorhandenen Photovoltaikanlagen aus. Durch langjährige Contractingverträge hat die Stadt Emmerich am Rhein sich selbst auf lange Zeit gebunden, so dass andere den Profit einfahren und sich für uns die Investition für günstige Energiequellen meist nicht mehr lohnt. Andere Städte haben ihre Einnahmen durch weitsichtige Energieausnutzung bzw. -einsparung bei öffentlichen Gebäuden stark erhöhen können.

In Emmerich am Rhein werden solche fortschrittlichen Überlegungen überhaupt nicht ernsthaft geprüft, sondern schnell als nicht durchführbar abgetan.

Als Einnahmeerhöhung fällt der Mehrheitsfraktion nichts weiter ein, als eine einseitige Steuererhöhung.

Es reicht aber nicht aus, wenn der Bürgermeister bei jeder Gelegenheit die angeblich tollen Erfolge der Stadt gebetsmühlenartig im Monolog und mit viel Pathos aufzählt, ohne die Realität endlich zu registrieren. Trotz der sogenannten Haushaltskonsolidierungen sind wir weiter verschuldet. Die Ausgleichsrücklage ist weiterhin geschrumpft. Es fehlen ernst zu nehmende Konzepte bzgl. innovativer Einnahmemöglichkeiten.

Meine Damen und Herren, solange in dieser Stadt eine Politik nicht mit, sondern gegen die Bürgerinnen und Bürger gemacht wird, können und werden wir das nicht mittragen. Entschieden kritisieren wir den Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern, die sich kritisch zu den Vorhaben der Politik äußern. Wir haben den Eindruck, dass diese kritischen Meinungsäußerungen zu oft als lästig und unbecquem abgetan werden.

Hier möchte ich den indischen Schriftsteller Premtschand zitieren: „Wo man nicht geachtet wird, soll man auch nicht einen Augenblick bleiben.“

Aus diesem Satz spricht viel Lebensweisheit. Daran sollten wir alle denken, wenn es darum geht, wie und mit welcher Konsequenz die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt an Entscheidungen beteiligt werden.

Die Mentalität: „Wir Politiker wissen doch ohnehin besser, was für die Menschen gut ist“, ist endgültig überholt.

Wir sind uns sicher, dass die Eskalationen bzgl. der Baumfällaktion im Rheinpark, bzgl. der Schließung der Luitgardi-Hauptschule und der Verweigerung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung bzgl. der Umgestaltung Neumarkt hätten vermieden werden können, wenn man das o. g. Sprichwort beherzigt hätte.

Wen wundert es, dass bei der hier vorherrschenden Störung der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern die Politikverdrossenheit zunimmt und immer weniger Einwohnerinnen und Einwohner zu den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse kommen.

Auch die politische Diskussionskultur im Rat und in den Ausschüssen lässt im „beautiful Emmerich“ immer mehr zu wünschen übrig. So werden z. B. Anträge wegen Beratungsbedarf danach behandelt, welche Fraktion den Antrag stellt! Ein kollegialer Umgang sieht anders aus!

Erneuerbare Energien waren immer unser Thema und werden trotz anderer positiver Erkenntnisse weiterhin von Ihnen als Spielerei abgelehnt und belächelt.

Heute freuen sich Bürgerinnen und Bürger über Solaranlagen, Photovoltaikanlagen, Pellet- und Hackschnitzelanlagen sowie Wärmekoppelungssysteme und vieles mehr.

In Emmerich beteiligen wir uns stattdessen an einem Steinkohlekraftwerkprojekt namens "Gekko", welches uns als Beitrag zum Klimaschutz verkauft wurde. Heute ist uns allen längst bekannt, dass diese Beteiligung nicht nur wegen der 9 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr ein Desaster für die Umwelt ist, sondern auch ein finanzielles Desaster für alle 23 beteiligten Stadtwerke.

Solange wir alle Klimaschutzbemühungen im Keim ersticken und die einzigen Klimaschützer in der Stadt private Initiativen sind, werden wir die Politik der Mehrheit aus Bürgermeister, CDU und SPD nicht unterstützen.

Folgerichtig lehnt die Fraktion Bündnis 90 DIE GRÜNEN den vorgelegten Haushalt ab.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit."

Mitglied Urbach, stellv. Fraktionsvorsitzender der FDP:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich werde mich auf das Neue Kommunale Finanzmanagement auch eingangs beziehen. Dieses sieht vor, dass der Haushaltsplan der Stadt – auf der Grundlage geeigneter Informationen – knappe Ressourcen steuert. Und dabei ist immer wieder zu fragen, welche notwendigen Prioritäten sind zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger einer Stadt zu setzen. Das heißt, da gebe ich der BGE Recht, es geht eigentlich um eine strategische Steuerung in Verbindung selbstverständlich mit dem Rechnungswesen. Eine zweite Sache neben dem NKF: Neben einer besseren Transparenz des Haushaltsplanes geht es, auch das ist hier gesagt worden um eine nachhaltige Haushaltswirtschaft, d.h., die heute gemachten Ausgaben dürfen nicht zu Lasten der nachfolgenden Generationen verschoben werden. Es geht um das Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit, d.h. der gesamte Ressourcenverbrauch einer Periode eines Haushaltsjahres soll regelmäßig durch Erträge derselben Periode gedeckt sein.

Es ist daher für uns, der politisch Verantwortlichen, die vorrangige Aufgabe eine sparsame Haushaltsbewirtschaftung den Haushaltsausgleich heute und in den kommenden Jahren zu sichern, möglichst dabei kein Eigenkapital zu verzehren, die Schulden abzubauen und möglichst wenige Liquiditätskredite zu tätigen aber dabei dennoch die Prioritäten für die Bürger zu setzen.

Wir fragen uns also, sind diese Anforderungen mit dem heute zu verabschiedenden Haushaltplan erreicht?

Dabei rücken natürlich nicht nur für uns die folgenden wesentlichen Zahlen in den Vordergrund

Der Haushalt ist rechnerisch ausgeglichen.

Die neue Kreditaufnahme wird auf 805 000 € begrenzt.

Die Verringerung der eigenen Rücklage beläuft sich auf knapp 700 000 €. Die Kassenkredite für die laufende Liquidität werden auf 12 Millionen festgesetzt.

Die Gesamtschulden der Stadt erhöhen sich, wenn auch nur mäßig aber immerhin sind es bald 18 Millionen €. Auch daran sollte hier erinnert werden.

Entgegen der letztjährigen Voraussagen sind die angesetzten Zielmarken für 2011 für die FDP-Fraktion insgesamt positiv zu bewerten, insbesondere auch dann, wenn man bedenkt, dass das Land in diesem Jahr gerade den ländlichen Kommunen weniger Gelder zu Verfügung stellt als die ursprünglich veranschlagten.

Aber wie ist nun das Ergebnis des Haushaltsplans für Emmerich selbst zustande gekommen?

Ich habe einleitend darauf verwiesen, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplans immer als eine Voraussetzung „notwendige Prioritäten zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger“ gesetzt werden müssen.

Eine sogenannte Sparkommission hat sich mit den von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsvorgaben befasst und im Ergebnis schlägt sich dies dann wie folgt im Haushalt nieder:

Die Einnahmen wurden verbessert, um knapp 650 000 €, indem man die Steuern erhöhte und neue Steuern erfand, und indem man die Gebühren erhöhte, wo man nur eben konnte.

Für uns Liberale ist die Erhebung von allgemeinen Steuern allerdings das letzte Instrument, um den Haushaltsausgleich herbeizuführen, wenn es ansonsten nicht mehr anders geht, die selbstständige Gestaltung des städtischen Tuns zu schaffen.

Und ich darf zitieren, allerdings keine menschlichen Weisheiten, sondern Gesetzestexte:

„Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen auferlegt werden“. Und ich darf bitte noch einmal zitieren, jetzt nach § 3 Abs.2 KAG NRW:

„Die Gemeinden sollen Steuern nur dann erheben, soweit die Deckung der Ausgaben durch andere Einnahmen, insbesondere durch Gebühren und Beiträge, nicht in Betracht kommt.“

Dies gilt nicht für die Erhebung der Vergnügungssteuer und der Hundesteuer.

Für uns Liberale ist es dann zu viel, wenn der Bürger durch eine Steuerhöhung noch zusätzlich belastet wird, wogegen keine direkte Leistung gesetzt ist, und wir auch der Meinung sind, dass diese Einnahmen aus dem Gesamthaushalt von über 50 Millionen noch herausgeholt werden könnten. Ich komme nachher noch einmal kurz darauf zurück.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion ist schon der Meinung, dass Kosten, die entstehen, von demjenigen aufzubringen sind, der sie verursacht. Wir alle hier wissen auch, dass noch nicht alle Leistungen für die Bürger kostendeckend erbracht werden. Und dennoch lehnen wir die zusätzliche Erhöhung der allgemeinen Steuer ab, weil wir die Bürgerinnen und Bürger in diesem Jahr schon durch mehrere Gebührenerhöhungen belastet haben.

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger aber auch deshalb zur Kasse, weil wir – zumindest bis jetzt – an den freiwilligen Leistungen, die die Stadt zahlt, nicht rütteln wollen.

Freiwillige Leistungen sind zusätzliche Leistungen, keine notwendigen, die man aufgrund einer Prioritätensetzung – gerne – leisten will, sei es für den Sport oder den Karneval, um zwei Beispiele zu nennen.

Es bleibt aber auch festzuhalten, dass wir entgegen den Vorschlägen der Verwaltung keine Abstriche im Bereich der finanziellen Ausstattung der Schulen vorgenommen haben, und wenn auch die Schließung der Hauptschule in Elten finanzielle Vorteile für die Stadt bringen kann, so darf ich Ihnen hier noch einmal versichern, dass von unserer Seite die pädagogischen und allgemeenschulischen Gründe die ausschlaggebenden waren.

Was nun die Höhe der einzelnen Einnahmeverbesserungen im kommenden Haushalt angeht, so bleibt bei einer Prognose immer ein wenig das Prinzip Hoffnung.

Das gilt für die angestrebte Höhe der Einnahme der Gewerbesteuer, die vielleicht etwas niedriger anzusetzen wäre, wie auch z.B. für die Einnahme der Parkgebühren. Ob eine Sporthallennutzungsgebühr in Höhe von nur 5,- € sich in Aufwand und Ertrag rechnet, das müssen wir auch erst noch einmal abwarten.

Aber ohne diese Einnahmen wäre der Haushalt noch weniger ausgeglichen und auch der FDP-Fraktion wäre es schwergefallen hier weiter auszugleichen, obwohl wir schon noch einige Verbesserungsmöglichkeiten im Haushalt sehen, so z.B. bei einem Verkauf des Landhauses, das wir seit langem anstreben, bei den Beiträgen für das Bahnhofsumfeld, hier die Kosten für die Fahrradboxen, bei den Einnahmen für die Bauplanungsgebühren, die wohl etwas zu niedrig angesetzt erscheinen. Und auch die neu aufgetauchten Kosten von 120 000 € für die Toilettenanlage für den Rheinpark möchten wir noch hinterfragen.

Die Erwerbskosten für das Steintor-Gelände entfallen ja wohl – auch von uns so gewollt.

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu dem einen oder anderen hier, erkennen wir einen großen gemeinsamen Sparwillen von Rat, Verwaltung und ich hoffe, auch Bürgerschaft, und dennoch kann es so nicht immer weitergehen, dass, wenn wir nicht mehr weiter wissen, wir die Steuern erhöhen. Auf die Stadt kommen immer weitere Kosten zu und damit meine ich nicht nur die großen Kosten wie für die Betuwe, über die ich heute auch nicht sprechen will, die Innenstadtgestaltung, Bahnhof, sondern auch solche wie den Unterhalt von Straßen und Gehwegen, die z.B. durch den harten Winter bedingt sind.

Die Ziele für unsere Stadt in der Haushalts- und Finanzentwicklung sind auch für uns immer noch nicht klar genug gekennzeichnet.

Es fehlen weiterhin die vom NKF geforderten konkreten Kennzahlen, aus denen sich Veränderungen ablesen lassen, auch im Vergleich mit anderen Städten – ich habe das im letzten Jahr schon kritisch angemerkt.

Wir brauchen langfristige Konzepte – z.B. für eine interkommunale Zusammenarbeit, um bei der Kernversorgung zu Einsparungen zu kommen – auch das habe ich im RPA schon einmal an einem Beispiel angesprochen.

Wir brauchen Konzepte für eine verbraucherfreundliche Energieversorgung in der Stadt – um Einsparungen vornehmen zu können.

Hier gehen die Anträge von SPD und Grünen den richtigen Weg, ich verstehe die Ablehnung nicht im HFA nicht.

Denn trotz aktueller Finanzprobleme muss sich die Stadt Emmerich den künftigen gesellschaftlichen Problemen und Entwicklungen stellen.

So müssen wir zur Integration und zur Inklusion einen substanziellen Beitrag leisten – auch und gerade im Rahmen der demografischen Veränderungen. Dies muss aber nicht unbedingt nur mit weiteren Geldausgaben einhergehen.

Kommunalpolitik ist nicht nur Ausgabenpolitik sondern auch die bessere Nutzung vorhandener Potenziale, wie etwa der Umnutzung von vorhandenen Gebäuden, die Einsetzung von Ehrenamtlichkeit, das Setzen von anderen Prioritäten für die Bevölkerung.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion enthält sich bei der Abstimmung zum Haushaltsplan 2011, weil wir die grundlegenden Sparbemühungen und die prognostizierten Zahlen nachvollziehen können, der zusätzlichen steuerlichen Belastung der Bürgerinnen und Bürger als Priorität aber nicht zustimmen können.

Enthaltung ist kein überzeugendes Argument, aber ein Kompromiss, von denen es viele in der Politik gibt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Ratsmitglied Nellissen:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie wir dem vorliegenden Haushalt entnehmen können, scheint sich die Haushaltsslage unserer Stadt leicht zu erholen und ein Abrutschen in die Haushaltssicherung ist zumindest vorerst abgewendet.

Allerdings ist diese Haushaltskonsolidierung teuer erkaufte. Die Bürger müssen nun die Lasten der Finanz- und Wirtschaftskrise bezahlen durch Gebührenerhöhung in nahezu allen Lebensbereichen.

Wie lange können wir mangelnde Ausstattung der Kommunalfinanzen, Auswirkungen der Finanzkrise, die sich zur Wirtschaftskrise entwickelt haben, auf dem Rücken unserer Bürger, die für diese Entwicklungen nichts können, austragen. Löhne und Gehälter sind - wenn überhaupt - nur minimal gestiegen, die Abgaben für die Bürger erhöhen sich permanent .

In den letzten Wochen ist vielfach kritisiert worden, dass die Schlüsselzuweisungen des Landes nicht in erwartetem Umfang ausgefallen sind. Vor allem die Art und Weise und der Zeitpunkt der Nachricht über die künftigen Schlüsselzuweisungen am 23.12. des vergangenen Jahres ist in der Tat kritikwürdig. Aber wir sollten nicht vergessen, dass die Stadt Emmerich einen Zuwachs der Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr von über 96% zu verzeichnen hat und die neue Landesregierung jetzt die Versäumnisse der vorherigen Landesregierung umzusetzen hatte.

Durch die ständige Verletzung des Konnexitätsprinzips leiden nahezu alle Kommunen unter einer Unterfinanzierung. Bund und Länder übertragen den Kommunen fortwährend Aufgaben, die nicht entsprechend gegenfinanziert sind. Darin liegt das Hauptproblem auch in Emmerich wie wir an den hohen Kosten für den Sozialhaushalt erkennen können. Der Soziallastenausgleich findet nicht im notwendigen Ausmaß statt. Was wir dringend brauchen ist eine Gemeindefinanzreform, die ihren Namen verdient. Darin sind wir uns hoffentlich alle gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindebund einig.

Bei der Bewertung des vorliegenden Haushalts 2011 habe ich mich im Wesentlichen leiten lassen von 3 Kriterien:

Der Frage, ob auch einkommensschwächere Haushalte die ihnen nun auferlegten Mehrkosten bewältigen können ohne in noch größere finanzielle Nöte zu geraten

Inwieweit sind Ausgabenkürzungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Kinder, Jugend und Soziales betroffen und

In welchem Maß ist nach dem Verursacherprinzip vorgegangen worden.

Die wenn auch moderate Gebührenerhebung zur Hallennutzung für Sportvereine belasten die Betroffenen sowie das Ehrenamt. Auf den Sport werden gerade in den nächsten Jahren weitere gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Aufgaben im Bereich Gesundheit, Senioren, Soziales, bei der Integrationsarbeit wie bei der Umsetzung des sog. Bildungspaketes zukommen. Hinzu kommen strukturelle Veränderungen im Rahmen der Entwicklung zu mehr Ganztagschulen. Die Leistungen im Sport werden überwiegend ehrenamtlich erbracht. Für mich ein weiterer Grund, diesen Bereich unangetastet zu lassen.

Die Anhebung des Hebesatzes zur Grundsteuer B führt neben den steigenden Gebühren für Energie zu Mieterhöhungen. Auch in Emmerich gibt es wachsende Armut bei Kindern, ihren Eltern wie bei alten Menschen.

Wenn nun durch Initiative des Jugendamtes auf der Grundlage des Monheimer Modells ein Einstieg zur präventiven Bekämpfung der Kinderarmut gestartet wird, ist dies ein Schritt in die richtige Richtung. Vergessen dürfen wir jedoch dabei nicht, dass Bildungsarmut oftmals aus materieller Armut erfolgt. Wenn wir nun die Kinderarmut bekämpfen, bleibt aber in der Regel noch materielle Armut. Wie

wollen wir der in Zukunft begegnen?

Nicht die Einzelerhöhung von Gebühren und Abgaben, sondern die Bündelung und Addition der einzelnen Maßnahmen bringen nicht wenige Familien und Haushalte, die jetzt schon kaum wissen, wie sie über die Runden kommen, in finanzielle Nöte. In NRW gilt jedes 4 Kind als arm, das bedeutet, die Eltern sind es auch.

Die im Haushalt angesetzten Gelder für den Rheinpark passen nicht zu der genannten Entwicklung der öffentlichen wie privaten Kassenlage, sondern stehen aus meiner Sicht im diametralen Gegensatz hierzu.

Die sofortige Schließung der Luitgardisschule in Elten ohne Beteiligung der Betroffenen halte ich für einen Fehler. Eine Duldung für ein weiteres Jahr wäre meines Erachtens der klügere Weg gewesen, hätte man doch gemeinsam mit Eltern, Lehrern und Schülern über Möglichkeiten alternativer Schulformen wie Gemeinschaftsschule oder Verbundschule mit bilingualem Zweig nachdenken können. Nun steht der relativ große Ortsteil Elten ohne weiterbildenden Schulzweig da. Wir alle reden immer wieder davon, dass wir mehr Bürgerbeteiligung wünschen. An der Luitgardis Hauptschule hätte sich diese Gelegenheit eröffnet. Es bleibt zu hoffen, dass die Bürger an der nun vereinbarten Schulplanung rechtzeitig in einem möglichst frühen Stadium beteiligt werden.

Als positive Entwicklung des letzten Jahres ist die Einrichtung des Integrationsrates, die verstärkte Befassung mit der demografischen Entwicklung und den Möglichkeiten der Gegensteuerung, die oben genannte Pro Kids Initiative sowie der Erhalt der freiwilligen Leistungen zu nennen. Positiv ist ebenfalls, dass nun entgegen dem ursprünglichen Ansatz auf den Ankauf des Grundstücks Steintor mit mehr als € 900.000 verzichtet wird.

Die Entwicklung um das „Alte Landhaus“ sowie die ehemalige Schule in der Gerhard Storm Straße, die heute kostenintensiv zum Abriss bzw. zum Grundstücksverkauf führt, hätte verhindert werden können -wenn nicht müssen- durch rechtzeitige Instandhaltung. Beide Gebäude hätten einer sinnvollen Nutzung im kulturellen wie im sozialen Bereich zugeführt werden können, zumal für das Alte Landhaus Landesmittel geflossen wären.

Völlig ungeklärt scheinen mir die weitere Entwicklung um die Betuwe, die Sicherheit der Anwohner, der Lärmschutz, die Blockverdichtung, die Lösungen der Dissensfälle bei den Eisenbahnquerungen sowie die auf unsere Stadt zukommenden Kosten.

Die Bahn und die sog. große Politik führen uns nach Belieben an der Nase herum. Wir und damit die Interessen unserer Einwohner werden nicht ernst genommen. Möglicherweise liegt dies auch daran, dass wir uns nicht vehement genug wehren.

Nicht nur in der Frage der Betuwe wird vielfach von Politikern wie Bürgern mehr Bürgerbeteiligung aus meiner Sicht zu Recht gefordert. Die Distanz zwischen Bürgern und politischen Akteuren wird oft bemängelt, Einsparungen wie Gebührenerhöhungen sind für die Menschen zu einem großen Teil nicht nachvollziehbar.

Warum beteiligen wir die Bürger nicht am Haushalt, indem wir einen Bürgerhaushalt einrichten wie ihn schon einige Gemeinden beschlossen haben. Dies schafft mehr Bürgernähe, mehr Transparenz und mehr Einfluss, Mitbestimmung und Teilhabe für die Bürger.

Erlauben sie mir zum Schluss noch einen Hinweis auf das Modethema „Sparen, Sparen, Sparen“!

Der Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Schneider, hat im vergangenen Herbst bei einer Tagung in Keppeln, wo auch der Bürgermeister und einige weitere Ratsmitglieder anwesend waren, davor gewarnt, dass die Kommunen sich bei aller Sparnotwendigkeit kaputt sparen. Gemeint waren hier auch vor allem Bereiche, in denen Ehrenamtliche zum Einsatz kommen.

Während derselben Veranstaltung hat der Staatssekretär im Landesinnenministerium eine nachhaltige Entlastung der Kommunen von insgesamt von ca. 300 Millionen pro Jahr für die nächsten 2 Legislaturperioden zur Teilsanierung in Aussicht gestellt.

Sollte die angekündigte Entlastung dennoch ausbleiben, halte ich weitere Einsparungen und Gebührenerhöhungen in den nächsten Jahren für die Bürger insgesamt nicht mehr für zumutbar und vermittelbar.

Aus den genannten Gründen kann DIE LINKE dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen.

Ich möchte aber nicht schließen ohne mich ganz herzlich bei dem Kämmerer wie den Mitarbeitern der Verwaltung für die Unterstützung meiner Arbeit zu bedanken.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Ratsmitglied Meschkapowitz:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, eine Haushaltsrede im eigentlichen Sinne wird die BSD heute nicht halten, wir wollen uns vielmehr kurz und knapp mit einigen Anmerkungen hier an der Haushaltsdebatte beteiligen. Ich denke, das entspricht auch der eigentlichen Größe, die wir hier in diesem Raum repräsentieren. Etwas, was die BSD sich auf die Fahne geschrieben hat, ist das Thema 'Bildung'. Da sind wir auch mitten im Haushalt der Stadt 2011. 'Schwerpunkt Bildung - Chancen nutzen' das halten wir für ganz wichtig in dieser Stadt. Wir haben uns sehr schwer damit getan, dass hier in der Kommune im Bereich Bildung sehr wenig gestaltet wird. Wir haben zwei Zahlen gehört, 1,12 Mio. € für den Rheinpark und über Nacht wurden 910.000 € aus dem Haushalt gestrichen, weil man auf das Steintor-Gelände verzichtete. Wenn Sie jetzt diese beiden Zahlen nehmen und auch die finanziellen Ressourcen vor Augen halten die alleine mit diesen beiden Maßnahmen frei geworden sind, dann sollten Sie vielleicht einmal Überlegungen anstellen, was man mit solchen Summen im Bereich der Bildung eigentlich bewirken könnte. Das ist der hauptsächliche Grund, warum wir uns bei der anschließenden Abstimmung enthalten werden. Der Haushalt 2011 hat unserer Meinung nach falsche Schwerpunkte und wir persönlich eine andere Ausrichtung des Haushalts. Wir möchten trotz aller Sparzwänge, die wir jeder politischen Gruppierung hier am Tisch konstatieren und ebenso konstatieren, dass dort auch gemäß der politischen Grundeinstellung offen und ehrlich agiert und auch vorgetragen wurde und dennoch haben wir eine andere Haltung, die hier eben auch zur Stimmenthaltung bei der Abstimmung des Haushalts führen wird."

Der Vorsitzende lässt nunmehr über die Antrag der Mitglieder Gertsen und Diekman abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt

1. **die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2011 mit Haushaltsplan und Anlagen:**

**Haushaltssatzung
der Stadt Emmerich am Rhein
für das Haushaltsjahr 2011**

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2010 (GV. NRW. S. 688), hat der Rat der Stadt Emmerich am Rhein mit Beschluss vom folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	51.787.371 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	52.483.990 EUR

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	47.533.115 EUR
--	----------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	48.865.464 EUR
--	----------------

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.681.539 EUR
--	---------------

Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	6.854.374 EUR
--	---------------

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 805.000 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 630.425 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 696.618 EUR festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 12.000.000 Euro festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern wurden mit Ratsbeschluss vom 14.12.2010 zur Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2011 (Hebesatzsatzung 2011) wie folgt festgesetzt (nachrichtlich):

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe
(Grundsteuer A) auf | 220 v.H |
| 1.2 | für die Grundstücke
(Grundsteuer B) auf | 415 v.H |
| 2. | Gewerbesteuer auf | 425 v.H. |

§ 7

entfällt

§ 8

Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 50.000 Euro im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 83 GO NRW. Kalkulatorische Kosten, Zuführungen zu Rückstellungen, Innere Verrechnungen sowie außer- und überplanmäßige Tilgungen und Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.

Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S. v. § 81 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NRW wird auf 2.000.000 EUR der Aufwendungen des Haushaltsjahres festgesetzt.

Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S. v. § 81 Abs. 3 Ziffer 1 GO NRW wird auf 2.000.000 EUR der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten festgesetzt.

Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 50.000 EUR gelten gem. § 85 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 83 Abs. 2 GO NRW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 9

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. den Stellenplan 2011

Stimmen dafür 22 Stimmen dagegen 9 Enthaltungen 3

5. Offene Ganztagschulen im Primarbereich; hier: Umgestaltung der Luitgardisschule Elten - Gemeinschafts-GS der Stadt Emmerich am Rhein - in eine Offene Ganztagschule Vorlage: 04 - 15 0353/2010/1

Der Vorsitzende teilt mit, dass sich am Stand der Elternbefragung (Stand 14.02) bis zum heutigen Tage noch einige Zahlen geändert haben:

	Schuljahr 2011/2012	Schuljahr 2012/2013	Schuljahr 2013/2014	Schuljahr 2014/2015
Einzelbedarfe in den Schuljahren	37	47	51	56

Mitglied Hinze stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Rat beschließt die Einrichtung einer Offenen Ganztagsgruppe an der Luitgardisschule Elten - Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Emmerich am Rhein.

Stimmen dafür 30 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 4

6. Anordnung de sofortigen Vollziehung des Auflösungsbeschlusses vom 14.12.2010 Vorlage: 04 - 15 0377/2011

Mitglied Sickelmann teilt mit, dass ihre Fraktion dem Beschluss nicht zustimmt, da sie den Eltern die rechtliche Möglichkeit nicht nehmen wollen.

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Anordnung der sofortigen Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO der am 14.12.2010 vom Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschlossenen schulorganisatorischen Maßnahme. Die Anordnung liegt im öffentlichen Interesse.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein hat am 14.12.2010 beschlossen, dass die Luitgardisschule Elten, Gemeinschaftshauptschule der Stadt Emmerich am Rhein, zum Ende des Schuljahres 2010/ 2011 am 31.07.2011 sofort aufgelöst wird.

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat diesen Beschluss mit Bescheid vom 25.01.2011, Posteingang 01.02.2011, genehmigt. Die Schulnummer 140 326 der Gemeinschaftshauptschule Luitgardis Elten wird um 01.08.2011 gelöscht.

Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung des Ratsbeschlusses vom 14.12.2010 besteht, weil die Auflösung der Hauptschule auf eine alsbaldige Umsetzung angewiesen ist. Durch die Auflösung der Luitgardishauptschule sind an der Europaschule sowohl organisatorische als auch bauliche Veränderungen erforderlich. Eine etwaige Klage Betroffener gegen den Ratsbeschluss hätte gem. § 80 Abs. 1 S.1 VwGO aufschiebende Wirkung. Dies bedeutet, dass die getroffene Entscheidung zunächst nicht wirksam wird und durch die Behörde nicht umgesetzt werden kann.

Die Dauer einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf und in der Rechtsmittelinstanz vor dem Oberverwaltungsgericht NRW kann nicht abgesehen werden. Die Bestandskraft des Beschlusses ist jedoch notwendig, um die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen beginnen zu können. Daher ist vorliegend vom Regelfall des § 80 Abs. 1 S. 1 VwGO abzusehen und gem. § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO abzuweichen und dem öffentlichen Vollzugsinteresse des Ratsbeschlusses den Vorrang einzuräumen.

Alle Betroffenen benötigen einen verbindlichen möglichst alsbaldigen Beginn der Umsetzung des Schulorganisationsaktes, um eine Entscheidung in Bezug auf die ab dem Schuljahr 2011/ 2012 zu besuchende Hauptschule treffen zu können. Dies betrifft nicht nur Schüler der Luitgardis Hauptschule, sondern auch Eltern von Kindern, die erstmalig im kommenden Schuljahr eine Hauptschule besuchen sollen sowie Lehrer beider Schulen. Außerdem muss der Kreis Kleve den Einsatz der Lehrkräfte planen und die Stadt Emmerich am Rhein mit notwendigen Umbaumaßnahmen beginnen können.

Das Interesse eines möglichen Klägers an der aufschiebenden Wirkung steht hinter der Umsetzung des Beschlusses zurück. Die Schulschließung wurde ordnungsgemäß durch den Rat beschlossen. Der Sachverhalt ließ auch keine andere Entscheidung zu, da in Elten die Schülerzahlen in den kommenden Schuljahren zum Erhalt der Hauptschule nicht erreicht werden können und die notwendige Qualität des Unterrichts durch fehlende Lehrerstellen nicht mehr sicher gestellt werden könnte. Die Dauer eines eventuellen Klageverfahrens würde die notwendigen Maßnahmen aufhalten und möglicherweise verhindern, dass ein geordneter Schulbetrieb für alle Hauptschüler im Schuljahr 2011/2012 aufgenommen werden kann. **Die Umsetzung des Beschlusses steht daher im Interesse vieler Beteiligter und kann nicht aufgeschoben werden.**

In NRW sind bis zum 18.03.2011 die Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen für das nächste Schuljahr durchzuführen, so dass im Interesse aller Beteiligten kurzfristiger Handlungsbedarf besteht, um Rechtssicherheit zu schaffen. Für Emmerich am Rhein haben die weiterführenden Schulen die Anmeldetermine einheitlich auf die Woche vom 21. bis 25.02.2011 festgelegt.

Um Rechtssicherheit zu erlangen, dient daher die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Ratsbeschlusses vom 14.12.2010, die im öffentlichen Interesse liegt.

Das Aufschubinteresse eines oder mehrerer Kläger hat demgegenüber zurück zu treten, da andernfalls die Umsetzung des Ratsbeschlusses möglicherweise für Jahre außer Kraft gesetzt wäre.

Stimmen dafür 29 Stimmen dagegen 5 Enthaltungen 0

**7. Bahnübergangs-Beseitigungskonzept;
hier: 1. Abkoppelung des Verfahrens BÜ-Kerstenstraße/Baumannstraße
2. EÜ Löwentor: Einsietiger Fuß- und Radweg
Vorlage: 05 - 15 0379/2011**

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag zu splitten, da seine Fraktion noch Beratungsbedarf zu Punkt 2 hat; er bittet diesen Punkt zu vertagen. Zu Punkt 1 stellt er den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Mitglied Sickelmann erklärt, dass ihre Fraktion sich dem Vertagungsantrag zu Punkt 2 anschließt. Ihre Fraktion hält den Rad- und Fußweg für absolut notwendig. Zu Punkt 1 wird sich ihre Fraktion enthalten.

Beschlussvorschlag

1.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beauftragt die Verwaltung, entgegen der bisherigen Beschlussfassung, das Verfahren zum Ersatz des BÜ-Kerstenstraße durch eine Eisenbahnüberführung im Verlauf der Baumannstraße vom Planfeststellungsverfahren ABS 46/2 abzukoppeln und vorzeitig über ein Plangenehmigungsverfahren einer planerischen und baulichen Lösung zuzuführen.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 4 Enthaltungen

2.

Der Rat vertagt den Beschluss zu Punkt 2 gemäß § 12 Abs. 2 Buchst. a) der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 34 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**8. Neu- und Wiederwahl von Schiedspersonen;
hier: Neuwahl einer Schiedsperson für den Bezirk IV
Vorlage: 06 - 15 0370/2011**

Der Vorsitzende lässt über den vorliegenden Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschlussvorschlag

Der Rat wählt Herrn Klaus Wilhelm Verwerich als Schiedsmann für den Schiedsmannbezirk IV und im Bezirk III zum Stellvertreter.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

9. **Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen**
- | | |
|--|----------------------|
| 12. Emmericher Autoshow sowie Frühlings- und Ostermarkt | am 10.04.2011 |
| Stadtfest mit der 10. Emmericher Musiknacht | am 04.09.2011 |
| Herbstmarkt | am 30.10.2011 |
| verkaufsoffener Adventssonntag | am 11.12.2011 |
- Vorlage: 06 - 15 0349/2011**

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die vorliegende ordnungsbehördliche Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der vorgenannten Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

10. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

1. Bäume an der Ostermayerstraße;
hier: Mitteilung von Herrn Kemkes

Herr Kemkes bezieht sich auf die Anfrage von Mitglied Sickelmann aus der Sitzung des ASE betr. des Baumbestandes an der Ostermayerstraße. Er teilt mit, dass die Genehmigung erteilt wurde, vier Bäume zu entfernen. Es sollte ein Ausgleich von 6 Bäumen geschaffen werden. Vier Bäume sind parallel zur Bundesstraße gepflanzt worden, zwei Bäume werden noch gepflanzt im Zuge der Errichtung des Parkplatzes. Zwischenzeitlich wurde ein Antrag gestellt, einen weiteren Baum zu entfernen. Ein Gutachter hat die Standfestigkeit des Baumes in Frage gestellt. Hier wurde auch sofort die Genehmigung erteilt. Die Standfestigkeit dieses Baum wurde auch schon bei der Grundbewertung des Gutachtens in Frage gestellt. Für diesen Baum müssen zwei Bäume als Ersatz gepflanzt werden. Ein Baum an der gleichen Stelle wo der Baum gefällt wurde und ein weiterer auf dem Gelände.

Der Zustand der Bäume, die als Ersatz gepflanzt wurden, ist nach Auskunft von Fachleuten als normal anzusehen. Es handelt sich hier um Stileichen und die gedeihen meist erst in der zweiten Wachstumsperiode. Sollte sich der Zustand der Bäume jedoch nicht bessern, werden diese erneuert.

Die Frage von Mitglied Sickelmann ob gegen die Baumschutzsatzung verstoßen wurde - zwei Bäume sind so eng mit einer Betonkante eingefasst, dass sie befürchtet, die Wurzeln würden beschädigt - wird von der Verwaltung geprüft und zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet.

Anfragen

1. Bürgerinformation Neumarkt;
hier: Anfrage von Mitglied Meschkapowitz

Auf die Frage von Mitglied Meschkapowitz, ob bei der Bürgerinformation Neumarkt am 23.02.2011 ein dritter Bewerber seine Pläne vorträgt antwortet Erster Beigeordneter Dr. Wachs, dass ein entsprechender Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung vorliegt, der aussagt, dass ein dritter Bewerber am morgigen Tag nicht vortragen wird.

Die Frage von Mitglied Kukulies nach dem dritten Bewerber wird im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantwortet.

2. Anmeldezahlen an der Realschule;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies

Der Vorsitzende teilt zu den Anmeldezahlen an der Realschule mit, dass das Anmeldeverfahren bis zum 25. Februar läuft. Wenn die genauen Zahlen vorliegen kann das weitere Verfahren erläutert werden.

3. Beteiligung der Stadtwerke Emmerich am Kohlekraftwerk;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann

Mitglied Sickelmann verweist auf den Antrag ihrer Fraktion der - aufgrund der Kurzfristigkeit des Eingangs - in der nächsten Sitzung des Rates am 05.04.2011 behandelt wird.

Der Vorsitzende teilt hierzu mit, dass der Aufsichtsrat SWE vom Geschäftsführer über die neueste Entwicklung informiert wurde. Es wurde berichtet, dass sich die Aufwendungen für das Kraftwerk erhöhen und die Bauzeit sich verlängert. Die erwartete Renditeerwartung der Kommunen wird aller Wahrscheinlichkeit nach, etwas niedriger ausfallen.

11. Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Einwohner liegen nicht vor.

46446 Emmerich am Rhein, den 21. März 2011

Johannes Diks
Vorsitzender

Marita Evers
Schriftführer/in